

Bildung von Anfang an – für alle! Zu den Perspektiven der LINKEN in der Diskussion um die steigende Bedeutung der frühkindlichen Bildung

Anja Stiedenroth (Bundestagsfraktion DIE LINKE)

Kinderbetreuung hat in der öffentlichen Wahrnehmung in den letzten 2-3 Jahrzehnten einen immer größeren Stellenwert bekommen. Nicht zuletzt durch die Diskussion, um die Kinderbetreuungsoffensive, die von Ursula von der Leyen in den letzten 5 Jahren angestoßen wurde. Doch hat sie dadurch auch den Bedeutungszuwachs und die dafür notwendigen politischen Bemühungen gefunden?

Die Bundesregierung hat Maßnahmen zur Erhöhung der Betreuungsquote in die Wege geleitet – ja. Hintergrund und Ziel war und ist aber vorrangig eine bessere Situation für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erlangen.

Umso weniger aber wurden dafür Qualität der Betreuung oder die Verbesserung der Betreuungssituation in den Kindertagesstätten diskutiert – Themen, die seit Jahren unter den Nägeln brennen: Bildungsinhalte, Betreuungsschlüssel oder die Ausbildung und Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher. Ein fataler Fehler!

Nicht umsonst redet man vermutlich auch immer nur von „Krippenausbau, Verbesserung der Betreuungsangebote oder allgemein vom Tagesbetreuungs-ausbau“.

Frühkindliche Bildung findet man maximal in Unterkapiteln. Für DIE LINKE heißt Kinderbetreuung aber immer zugleich frühkindliche Bildung. Denn sie ist genau das, was die Notwendigkeit und die Bedeutung ausmacht.

Kinderarmut und die Folgen der damit zusammenhängenden Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben, die so laut bemängelte geringe Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und nicht zuletzt die immer wieder kehrende Debatte um immer stärker fehlende Fachkräfte bzw. Schulabgänger mit zu geringen Vorkenntnissen für Ausbildungsberufe – all das ist auch ein Ergebnis des mangelnden Bewusstseins dafür dass es eben nicht nur um bloße Betreuung geht, sondern um Einrichtungen mit einem klaren Bildungsauftrag.

Und dennoch ist die Entwicklung der vergangenen Jahre ein immenser Fortschritt, wenn man sich die Historie dessen anschaut, welche Rolle öffentliche Kinderbetreuung in den Jahrzehnten davor gespielt hat und wie sie in der Gesellschaft wahrgenommen wurde. Denn was wir erleben konnten, war ein grundsätzlicher Wandel – zumindest in den heutigen alten Bundesländern. Bis zum Ende der 80- iger Jahre war hier die Betreuung der eigenen Kinder im Vorschulalter – vor allem aber in den ersten 3 Jahren fast ausschließlich Privatsache.

Dass ein so hoher Anteil der Kinder privat betreut werden konnte, setzte bekanntermaßen voraus, dass sich die Erwerbstätigkeit vorrangig von Frauen in hohem Maße reduzierte, denn sie waren am stärksten in die Betreuung der Kinder eingebunden. Für bundesrepublikanische Verhältnisse fast atemberaubend schnell änderten die Betrachtungsweisen dahingehend, dass eine Mutter nicht mehr sofort als Rabenmutter dasteht, nur weil sie ihr Kind in einer Kindertagesstätte betreuen lässt. Dies hängt sicher mit verschiedenen Faktoren zusammen. Zum einen hat auf der europäischen Ebene und bei unseren skandinavischen oder auch französischen Nachbarn die Kinderbetreuung seit Jahrzehnten eine ganz andere

gesellschaftliche Bedeutung gehabt. Zum andern stießen mit dem Fall der Mauer auch in der Frage der öffentlichen Kinderbetreuung zwei völlig konträre Mentalitäten aufeinander. Die Diskussion darum, welche Betreuung für ein Kind am besten ist und welchen Stellenwert frühkindliche Bildung für die weitere Entwicklung hat, bekam eine völlig unerwartete und jähe Wendung. Vielleicht wird es ja einmal Thema einer Studienarbeit, warum sich zumeist konservative vor allem aber männliche Parlamentarier für eine Aufrechterhaltung des ja „so bewährten“ Alleinernährermodells mit der Frau in der Rolle als Hausfrau und Betreuungsperson einsetzen. Dass sich das Verhältnis der Väter zur Betreuung und Erziehung in den letzten Jahren zu Gunsten der Kinder geändert hat, ist eine wichtige und gute Entwicklung der letzten Jahre – nur scheint sie eben noch nicht von allen bemerkt worden zu sein.

Erst in den 90iger Jahren sollte die Bundesrepublik, wenn auch langsam aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen. Zum einen hatte man in der politischen Realität in den neuen Bundesländern massiven rechtlichen Nachholbedarf zum andern machte sich der demographische Wandel allmählich bemerkbar. Mit der Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wurde in dieser Zeit die wohl wichtigste Grundlage für eine Forcierung des Aufbaus einer Kinderbetreuung geschaffen. Mit TAG, KICK und KifoeG wurden in den 2000er Jahren jeweils die für dafür notwendigen rechtlichen Grundlagen präzisiert. Auch die Debatte darum, wie sich der Bund an der Finanzierung eines solchen Ausbaus beteiligen soll und vor allem kann, fand 2007 in der Schaffung eines Sondervermögens eine Lösung. Auch wenn DIE LINKE die Höhe der Bundesbeteiligung nach wie vor als nicht ausreichend betrachtet, war dies mit Sicherheit ein wichtiger Schritt, um etwas Fahrt in das Ausbautempo zu bringen – wenn auch, wie sich 3 Jahre später zeigt, nicht genug.

Durch die breite öffentliche Debatte um Fragen der frühkindlichen Bildung ist eine Haushaltsdebatte im Bundestag ohne Diskussion um die Ausgaben für Kinderbetreuung nicht mehr denkbar.

In den kommenden Jahren investiert das Bundesfamilienministerium mehr als 400 Millionen Euro zusätzlich insgesamt rund 400 Millionen Euro in die Qualität der frühkindlichen Bildung. Das klingt schön – aber nur solange, wie man die Realitäten in Punkto Ausbau von Kindertagesbetreuung in den Größenordnungen ausblendet, wie es die Bundesregierung nun schon seit einigen Jahren und auch weiterhin tut.

Es ist eben auch Aufgabe einer Bundesregierung, dass der Staat für einen ausgewogenen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen sorgt und nicht die Bürgerinnen und Bürger immer wieder zur Kasse gebeten werden. DIE LINKE fordert seit langem, dass der Bund sich endlich dauerhaft und in größerem Umfang als bisher an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligen muss. Er darf Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht länger allein lassen!

Es ist daher nicht nur selbstverständlich, dass der Bund sich mit 4 Milliarden Euro an dem Sondervermögen, das für den Ausbau der Kinderbetreuung eingerichtet wurde, beteiligt. Es ist ein Mehr an finanzieller Unterstützung notwendig.

Das Verschlafen eines ausreichenden Angebotes an vorschulischer Kinderbetreuung ist nicht allein das Verschulden der Kommunen und Länder. Doch der Umfang des Sondervermögens reichte von Beginn an vorn und hinten nicht aus, um die Mammutaufgabe zu bewältigen, vor

der viele Kommunen stehen. Von dort kommen seit längerem deutliche Signale, die zu überhören ein sträflicher Fehler wäre.

Wenn es vom Vorsitzenden des Deutschen Städtetages Stephan Articus heißt: "Uns geht es nicht darum, den Rechtsanspruch ab 2013 in Frage zu stellen, aber es fehlen noch Milliardenbeträge, um ihn zu verwirklichen." sollte man diesen Hilferuf ernst nehmen. Denn die Bundesregierung hat mit einem zu begrüßenden Rechtsanspruch Fakten geschaffen. Die Kommunen sollen offenbar am Ende die Rechnung begleichen, denn dort werden die Eltern 2013 ihre berechnete Forderung nach einem Kita-Platz aufmachen.

Gleichzeitig müssen endlich die Fragen nach der Qualität der Betreuung beantwortet werden. Durch welches Personal wird die Betreuung abgesichert, und in welchem Betreuungsschlüssel wird eine bestmögliche Förderung der Kinder gewährleistet? Welche Angebotsformen muss es geben und reichen althergebrachte Strukturen wie Kindergruppe und Kindergarten in dieser strengen Unterteilung noch aus? Welche gesellschaftlichen Bereiche wie zum Beispiel Arbeitswelten müssen verändert werden, damit Kinderbetreuung und elterliche Sorge wirklich in Einklang gebracht werden und sowohl der Entwicklung des Kindes zu Gute kommen als auch den Wunsch der Eltern nach mehr Zeit mit ihrem Kind und existenzsichernder und im besten Fall erfüllender Erwerbstätigkeit berücksichtigen?

Bedeutung frühkindlicher Bildung und Betreuung in öffentlicher Verantwortung aus Sicht der LINKEN

Linke Familienpolitik will Elternschaft ermöglichen, Eltern Entscheidungsfreiheit geben, allen Kindern die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen schaffen und für Männer und Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen. Die wichtigste Voraussetzung für die Erreichung dieser Ziele ist die verlässliche Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Betreuungsinfrastruktur für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Der Anspruch auf die Nutzung dieser Betreuungsinfrastruktur ist durch individuelle Rechtsansprüche für alle Kinder abzusichern – unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Sowohl für die Finanzierung als auch für die organisatorische Umsetzung und die Sicherung der Qualität der vorschulischen Kinderbetreuung muss der Staat Verantwortung übernehmen. Der Ort für außerhäusliche frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung ist die elternbeitragsfreie und ganztägig offene Kinderkrippe in öffentlicher Verantwortung. Die Zeiten, in denen Kinderbetreuung vor allem Privatsache und vor allem Frauensache war, müssen endgültig der Vergangenheit angehören.

Betreuungsgeld als Notausgang

Dem steht die Schaffung eines Betreuungsgeldes entgegen, dass zeitgleich mit dem Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab 2013 gezahlt werden soll, wenn Eltern für ihre Kinder keinen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung in Anspruch nehmen. Eine solche Regelung wird Familien mit keinem oder sehr geringen Einkommen sehr viel eher davon abhalten, ihr Kind in einer Kindertagesstätte betreuen zu lassen. Zu hoch ist der finanzielle Anreiz, das knappe Familienbudget aufzubessern. Vor allem vor dem Hintergrund, der aktuelleren Entwicklungen in der Familienförderung wird die Schaffung einer solchen Leistung fragwürdig. Während durch die jüngsten Kürzungspläne des sogenannten Sparpaketes ALG II Empfängern das Elterngeld quasi gestrichen wird, sollen sie dafür nach Vollendung des ersten Lebensjahres ihres Kindes auf dessen gezielte Förderung verzichten.

Wenn man nach Beispielen sucht, wie Politik soziale Ausgrenzung schafft, dann kommt man wohl an diesem nicht vorbei!

Die Jugendämter, die diese Leistung auszahlen sollen, könnten das Geld wesentlich besser für Familienbildungs- und hilfsangebote einsetzen als ihre Energie in eine Aufgabe zu stecken, die weder dem Gedanken des Kinder- und Jugendhilfegesetzes dient, noch zu ihren Aufgaben gehört! Das Deutsche Jugendinstitut DJI hatte zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des KifoeG errechnet, dass das Betreuungsgeldes Kosten von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr verursachen wird. Geld, das in Bereichen eingesetzt werden könnte, die dem Kindeswohl dienlicher wären. Zum Beispiel in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern.

Denn die Qualitätsanforderungen an die Kinderbetreuung stehen und fallen mit der Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher, den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und dem Betreuungsschlüssel zwischen Kindern und Beschäftigten.

Das Familienministerium plant den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für unter Dreijährige um weitere 500.000 Plätze bis 2013. Damit wäre eine gesamtdeutsche Betreuungsquote von 35% erreicht (selbst nach Realisierung dieses Ziels bliebe die Mehrzahl der Kinder also weiter ohne einen Betreuungsplatz). Dieses viel gefeierte Ziel entspricht allerdings dem bereits 2003 auf dem EU Gipfel von Barcelona vereinbarten Betreuungsangebot für unter Dreijährige in Europa und würde Deutschland quantitativ in das europäische Mittelfeld bewegen – was trauriger Weise bereits ein immenser Fortschritt ist. Die Realisierbarkeit des Ausbaus bedeutet bei gleichzeitig hohen Anforderungen an die Qualität der Betreuung einen gewaltigen Kraftakt.

Zwei Probleme, die sofort angegangen werden müssen, sind die Sicherstellung der Deckung des Personalbedarfs an Erzieherinnen und Erziehern in den künftigen Krippen und die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen der Berufsgruppe der Erzieherinnen und Erzieher.

Traumberuf Erzieherin? Realität ist bestimmt durch Fachkräftemangel

Nach Berechnungen der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) sind 100.000 neue Erzieherinnen und Erzieher notwendig, um das Ausbauziel einer 35% Betreuungsquote mit einem Betreuungsschlüssel von 5 Kindern pro Beschäftigter (dies wäre europäisches Niveau) zu realisieren. Es ist absehbar, dass wegen einer zu erwartenden Pensionierungswelle in den ostdeutschen Bundesländern der Personalbedarf noch deutlich steigen wird. Derzeit sind 16.000 Erzieherinnen und Erzieher arbeitsuchend gemeldet. Die Deckung des absehbaren Personalbedarfs ist also unter den heutigen Bedingungen, auch nach Einschätzung der GEW, nicht möglich. Eine Qualifizierungs- und Ausbildungsoffensive, die mit einer besseren Ausstattung der ausbildenden Fachschulen einhergeht, muss jetzt beginnen, damit die Kinder in den neuen Krippen nicht unbetreut bleiben. Notwendig ist auch eine Aufwertung des Berufs der Erzieherin/des Erziehers durch Qualifikation auf Hochschulniveau, höhere Bezahlung und angemessene Arbeitsbedingungen (wie beispielsweise ausreichende Vor- und Nachbereitungszeit der pädagogischen Arbeit). Derzeit sind viele Erzieherinnen in Teilzeit beschäftigt und erzielen in vielen Fällen ein Einkommen von nicht mehr als 750 € netto. Ein zusätzliches Problem: Wegen höherer Tariflöhne im Westen Deutschlands ist eine Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Ostdeutschland zu befürchten.

Tagespflege ist kein Allheilmittel

Die Bundesregierung wollte von Beginn an mindestens ein Drittel des geplanten Ausbaus der Kinderbetreuungsinfrastruktur für Unter-Dreijährige über die Tagespflege realisieren. Dieser Weg wurde bereits durch die rot-grüne Bundesregierung vorgezeichnet, die die Gleichrangigkeit von institutioneller Betreuung und Kindertagespflege gesetzlich verankert und mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz den Einstieg in einen Betreuungsmarkt begonnen hat. Der Hauptgrund: die Tagespflege ist für den Staat kostengünstiger als institutionelle Angebote.

Dieser Weg des Ausbaus der Infrastruktur ist aus LINKER. Sicht problematisch, denn die Qualitätsanforderungen an die Tagespflege bleiben derzeit weit hinter den Standards öffentlich verantworteter Kinderkrippen zurück. Bei frühkindlicher Betreuung steht für DIE LINKE. der Bildungsaspekt und die Entwicklungsförderung der Kinder im Vordergrund, deshalb fordern wir verbindliche Qualitätsstandards für die Tagespflege. Aber auch die Beschäftigungsbedingungen der Tagespflegepersonen geben Anlass zur Sorge. Ein flächendeckendes Angebot gering qualifizierter Tagespflege kann außerdem zu einem Dequalifizierungsdruck für Erzieherinnen und Erzieher in institutionellen Betreuungseinrichtungen führen. Die Ausweitung der Tagespflege könnte also die Abwertung des gesamten Bereichs der Kindertagesbetreuung nach sich ziehen. Für Kinder birgt die ausschließliche Betreuung in der Tagespflege das Risiko schlechterer Entwicklungschancen – wegen der geringeren Qualifikationsanforderungen an Tagespflegepersonen, fehlende verbindliche Weiterbildungsangebote und auch aufgrund der räumlichen Gegebenheiten, die schlechtere Möglichkeiten, Angebote zu organisieren, mit sich bringen. Um diesen Gefahren entgegenzuwirken setzt sich auch der Tagesmütter- Bundesverband für die bessere Qualifikation der Tagespflegepersonen ein. Auch das Team der Beschäftigten, welches in Kinderkrippen zusammenarbeitet und fachlichen Austausch und Anregungen gewährleistet, fehlt derzeit in der Tagespflege. Das ist besonders deshalb problematisch, weil für Unter-Dreijährige die Tagespflege in der Regel an die Stelle der Betreuung in einer Kinderkrippe tritt, während sie für ältere Kinder häufiger eine Ergänzung institutioneller Angebote darstellt. Die Besonderheiten der Tagespflege liegen ihrem Charakter. Mit ihrer Familienähnlichkeit und ihrer wesentlich höheren Flexibilität in den Betreuungszeiten, stellen sie für viele Eltern eine Alternative zur öffentlichen Kinderbetreuung in Kindertagesstätten her. Genau diese Besonderheit macht die Tagespflege auch so wichtig. Sie zu einem Ersatz für Kindertagesstätten zu machen, kommt weder ihren Möglichkeiten nahe, noch ist dies für diese Angebotsform wünschenswert und realisierbar.

Auf die Ausbildung kommt es an

Doch auch wenn beide Formen weiterhin nebeneinander existieren und dadurch ergänzen, kommt man um eine spürbare Verbesserung der Qualität der Ausbildung nicht vorbei. Erzieherinnen und Erzieher und Tagespflegepersonen benötigen fundiertes Fachwissen um eine angemessene Begleitung der Bildungsprozesse von Kindern auch unter Einsatz neuer pädagogischer Methoden und Instrumente leisten zu können. Dies zeigen auch die in der Regel höheren Qualifikationsniveaus von Erzieherinnen und Erziehern in anderen europäischen Ländern. Die Anforderungen an die Qualifikation der Tagespflegepersonen sind in Deutschland gering: erforderlich ist keine Ausbildung. Für eine Förderung der Betreuung durch das Jugendamt sind lediglich vertiefte Kenntnisse über die Anforderungen der Tagespflege nötig, die durch Lehrgänge oder auf andere Weise nachzuweisen sind. Zwar

finden in der Mehrzahl der Jugendamtsbezirke Kurse für Tagespflegepersonen statt, diese sind jedoch vor allem im Westen Deutschlands nicht verpflichtend und vermitteln nicht der Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern vergleichbare Kenntnisse. Besondere Defizite bestehen bei der Praxis begleitenden Weiterbildung, die wegen der fehlenden Einbindung in ein Team in der Tagespflege besonders wichtig wäre. Auch wenn viele Tagespflegepersonen über viel Sachverstand und hohe Qualifikationen verfügen, zu einem Drittel auch eine Ausbildung als Erzieherinnen und Erzieher haben, wären verbindliche Qualifikationsstandards und Weiterbildungsangebote von Vorteil, nicht zuletzt um die Nachteile eines eher isolierten Arbeitsalltags auszugleichen und eine Vergleichbarkeit mit der Qualität einer Kinderkrippe zu gewährleisten.

Das DJI hat hierzu ein Curriculum entwickelt, das zumindest die Mindeststandards an eine solche Ausbildung erfüllt. Dieses auch in der Praxis zur Grundlage für die Arbeit von Tagespflegeeltern zu machen, bleibt kurzfristiges Ziel.

Tagespflegepersonen sind in der Regel selbstständig tätig und erbringen ihre Leistung in der eigenen Wohnung oder in der Wohnung der Familie des Kindes. Selbst das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt in seinem „Online-Handbuch Kindertagespflege“ fest: „Die Verdienstchancen in der Kindertagespflege sind eher gering, und sie wird bislang häufig von Hausfrauen und Müttern kleiner Kinder als eine Art "Nachbarschaftshilfe" geleistet.“. Man bemühe sich um eine Verbesserung dieser Situation und wolle das Berufsfeld Tagespflege künftig durch gesetzgeberische Maßnahmen interessanter gestalten. Davon ist aber bisher wenig zu spüren. Zwar sind die Anforderungen an die Verfügbarkeit und Flexibilität der Tagespflegepersonen hoch, ihre individuelle Existenzsicherung, tarifliche Entlohnung und angemessene Arbeitsbedingungen werden aber kaum in den Blick genommen.

Für DIE LINKE. ist das ein Alarmsignal: Der notwendige Ausbau der Betreuungsinfrastruktur darf nicht auf Kosten der Beschäftigten geschehen! In den europäischen Nachbarländern wird gezeigt, dass es auch anders geht. In Dänemark sind Tagespflegepersonen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte regionaler Tagespflegeagenturen unter dem Dach der Kommunen. Eine solche Lösung wollen wir auch für Deutschland – kein Lohndumping, keine prekären Beschäftigungsverhältnisse sondern den Aufbau öffentlich geförderter Arbeitsplätze im Bereich der Infrastruktur. Gerade im Bereich der Kinderbetreuung muss aus LINKER Sicht gelten: Gutes Geld für gute Arbeit!

Qualität in den Focus!

Ein zweites entscheidendes Kriterium für die Qualität ist die Gewährleistung eines besseren Betreuungsschlüssels zwischen Kindern und Beschäftigten. Ziel muss hier sein, dass der Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten auf europäisches Niveau gebracht wird. Dieses liegt bei 5 Kindern pro Beschäftigter/Beschäftigtem. Um Kindern Bildung, Erziehung und Betreuung auf höchstem Niveau zu bieten, müssen grundsätzlich an Betreuung in Kinderkrippen oder in der Kindertagespflege gleiche Qualitäts- und damit auch Qualifizierungsanforderungen gestellt werden.

LINKE. Anforderungen an die Zukunft der öffentlich geförderten frühkindlichen Bildung und Erziehung

DIE LINKE. setzt sich für eine Steigerung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten ein. Deshalb fordern wir:

- Den Qualitätsanspruch der frühkindlichen Bildung durch eine allgemeine Anhebung der Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern sowie Tagespflegepersonen auf Hochschulniveau zu gewährleisten
- Die Deckung des durch den Krippenausbau entstehenden Personalbedarfs sicherzustellen
- Die Entwicklung eines Konzepts, welches der Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Ostdeutschland entgegenwirkt Den Betreuungsschlüssel zwischen Kindern und Beschäftigten zu verbessern
- Die Qualität der Tagespflege durch begleitende Unterstützung, Vernetzungs- und Weiterbildungsangebote und regelmäßige Qualitätsüberprüfungen durch das Jugendamt sicherzustellen
- Die Existenzsicherung und tarifgebundene Entlohnung der Tagespflegepersonen als sozialversicherungspflichtige Angestellte regionaler Tagespflegestellen (z.B. bei den Jugendämtern) nach skandinavischem Vorbild zu ermöglichen
- Eine verbindliche Quote für den Anteil an Tagespflegeplätzen an der Gesamtzahl der Plätze festzulegen, die den Anteil der Kindertagespflegeangebote wirksam begrenzt
- Die Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen und Erziehern zu verbessern und Prekarisierungstendenzen entschieden zu begegnen

Betreuung, Bildung und Erziehung ist wichtig für die psychosoziale, emotionale Entwicklung und die kognitive Förderung von Kindern. Dieses Ziel sollte im Mittelpunkt stehen! Wenn das das Ziel ist, muss der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ein Anspruch des Kindes sein! Das setzt ein flächendeckendes Netz von elternbeitragsfreien ganztagsangeboten voraus. Der Rechtsanspruch muss klar definiert sein und in Abstimmung mit den Ländern verbindlich ausgearbeitet werden - inklusive Finanzkonzept aller beteiligten politischen Ebenen!

Wie wichtig eine solche klare Formulierung ist, macht die Diskussion deutlich, die Sie hier in Hamburg seit einigen Jahren und aktuell verschärfter führen. Man kann sicher sehr verschiedener Meinung sein, was die Effektivität eines Gutscheinsystems betrifft. Doch sicher ist auch, dass nicht alles, wo Gutschein drauf steht am Ende auch gut sein muss. Denn auch ein Gutscheinsystem löst das Problem fehlender Kitaplätze nicht. Im Vergleich zum Berliner Gutscheinmodell wird aber schnell deutlich, dass genau daran die soziale Komponente eines solchen Modelles steht und fällt – oder besser gesagt zu Ungunsten der Kinder kippt, die eine Förderung benötigen – vielleicht ein wenig mehr, als andere. Ich muss Ihnen die Mängel am Hamburger Modell nicht erläutern, Sie kennen Sie aus Ihrer täglichen Arbeit besser und genauer als ich. Mit einem Gutscheinmodell wird Betreuung wieder zur Privatangelegenheit. Eltern werden zu Kunden - und dies zudem bei einem Serviceangebot, dass oft nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Dabei geht es eigentlich um den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und nicht um irgendeine Dienstleistung, die man im nächsten Einkaufcenter buchen kann. Was hier geschieht, ist letztlich die Privatisierung der Bildungslandschaft. Denn ein solches System ersetzt öffentliche Verantwortung durch individuelle Entscheidungen. Bildung aber ist keine Verhandlungsmasse. Es sind die Schulen, die Kitas und die Horte, die

so ausgestattet sein sollten, dass jedes Kind die Förderung erhält, die es braucht. Betreuungs- aber auch Bildungsgutscheine sorgen wohl eher dafür, dass die Politik sich bei der Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Bildungsinfrastruktur aus der Verantwortung stiehlt. Wer sich einredet, durch ein Gutscheinmodell würde den Familien Nachfragemacht gegeben, sei daran erinnert, dass die Politik auch die Arbeitslosen zu Kunden gemacht hat – mit den bekannten Folgen. Mit einer solchen Politik werden billige Vorurteile mit billigen Lösungen bedient. Der ursprünglich in Vielfalt gedachte Kinderbetreuungsmarkt entwickelt sich so zu einem Markt, in dem Angebot und Nachfrage so sehr in einem Missverhältnis zu einander stehen, dass es in KITAS bald mehr um Wirtschaftsmanagement geht als um Kinderbetreuung selbst.

In einem der reichsten Länder der Welt kann das Interesse am Sparen nicht strukturierend sein für die Organisation der öffentlichen Kinderbetreuung. Der Ausweg in einer Billigbetreuung via Tagespflege muss unterbleiben. Deshalb fordert DIE LINKE. eine Beschleunigung des Ausbautempos der Kinderbetreuung und eine ehrliche Neuberechnung der notwendigen Betreuungsquote. Die bisher geplanten 35% haben weder etwas mit der Realität noch mit der Sicherstellung eines Rechtsanspruches zu tun. Wir brauchen die Anhebung der Qualifikationsanforderungen, der fachlichen Beratung und Weiterbildung in der Tagespflege, sowie die Entwicklung eines Konzepts zur Bewältigung des Personalbedarfs und der Aufwertung des Berufs der Erzieherin/des Erziehers durch bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen.

Eines muss aber dennoch Hauptziel und –Inhalt der Debatte darum sein, wie Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung gestaltet in der Zukunft werden sollen: das Kindeswohl. Es steht vor allen anderen, sicher wichtigen Fragen. Kinderbetreuung muss im Sinne der Kinder und nicht aus wirtschaftlichen Interessen heraus weiterentwickelt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkreises für den hiesigen Volksentscheid!

Ich weiß aus eigener Mitarbeit von den vielen Unterschriftensammlungen auf der Straße und in Einrichtungen, wie schwer und auch anstrengend es ist, einen Volksentscheid und ein Volksbegehren zu einem guten Abschluss zu bringen. In Sachsen – Anhalt hat es ein breites Bündnis geschafft, die notwendigen Hürden zu nehmen. In Berlin und in Thüringen ist durch Volksinitiativen notwendiger Druck zur Verbesserung der Betreuungsinfrastruktur entstanden. Es ist also kein unerreichbares Ziel. Viel Kraft und Erfolg

und viel Dank für Ihre Aufmerksamkeit.